

Studie: Autobranche vor Fusionen

Allianzen helfen gegen neue Wettbewerber.

Frankfurt. Der Autobranche steht nach Expertenmeinung eine Welle an Zusammenschlüssen bevor. „Vor allem für die Massenhersteller führt kein Weg an Fusionen vorbei, wenn sie den Kampf ums Überleben gegen die Technologiegiganten nicht verlieren wollen“, sagte Autoexperte Dieter Becker von der Unternehmensberatung KPMG am Freitag in Frankfurt bei der Vorstellung einer neuen Studie.

Derzeit drängen Technologieunternehmen wie die Google-Schwester Waymo, der I-Phone-Hersteller Apple und viele andere Konzerne ohne eigenen Autobau in die Branche, vor allem bei technologisch getriebenen Themen wie selbstfahrenden Autos oder Fahrvermittlungsdiensten.

„Die 50 größten Autohersteller kommen heute zusammen nur noch auf 20 Prozent der Marktkapitalisierung der 15 größten Technologieunternehmen. 2010 waren es noch 40 Prozent“, sagte Becker. Digitalkonzerne spielten inzwischen in einer ganz anderen Liga. Auch bei den verfügbaren Geldreserven drohe die Autoindustrie an Boden zu verlieren. *dpa*

Damit der Wandel rechtens ist

Das Institut für Rechtswissenschaften an der TU Braunschweig befasst sich mit rechtlichen Fragen zu Mobilität, Windenergie und der Einlagerung von Atommüll.

Von **Andreas Schweiger**

Braunschweig. Die Energiewende, das autonome Fahren und die E-Mobilität sind neben der Digitalisierung wesentliche Faktoren des technischen Wandels, der unsere Zeit prägt. Dabei geht es nicht allein um neue technische Entwicklungen. Denn sie erfordern einen neuen oder zumindest überarbeiteten rechtlichen Rahmen. Und mit genau diesen rechtlichen Fragestellungen befasst sich das Institut für Rechtswissenschaften an der TU Braunschweig.

Um nicht in der Masse der rechtswissenschaftlichen Studiengänge unterzugehen, hat sich das Institut nach Angaben von Professor Edmund Brandt, Chef der Einrichtung, auf drei Schwerpunktthemen konzentriert: Mobilitätsrecht, Windenergie und die Einlagerung von radioaktiven Abfällen. „Unser Anspruch ist, einerseits auf höchstem wissenschaftlichen Niveau zu arbeiten und andererseits nah an der Praxis zu sein“, sagt Brandt.

Alle drei Schwerpunkte passen gut zu aktuellen Fragestellungen, für unsere Region spielt dabei das Mobilitätsrecht aber die wohl



Sie steuern die Forschungsstelle Mobilitätsrecht (von links): Edmund Brandt, Neven Josipovic und Lothar Hageböling.

Foto: Andreas Schweiger

größte Rolle. Die Mitarbeiter der Forschungsstelle für Mobilitätsrecht erarbeiten Studien und sind beratend tätig, sie analysieren rechtliche Voraussetzungen und spüren Rechtslücken auf, und sie bereiten Konzepte für künftige technische Entwicklungen vor, auf die die Politik zurückgreifen soll.

Dazu einige Beispiele: So untersucht die Forschungsstelle nach Angaben ihres Geschäftsführers Neven Josipovic, warum Ladestationen für E-Fahrzeuge je nach Bundesland in unterschiedlicher Geschwindigkeit errichtet werden. Wie Josipovic erläuterte, könnte es zwei Lösungsansätze

geben: Entweder die Kommunen als planungsrechtlich zuständige Instanzen beschleunigen ihre Prozesse, oder das übergeordnete Recht wird vereinfacht. Eine abschließende Bewertung der Forschungsstelle stehe aber noch aus.

Zweites Beispiel: Die Rechtswissenschaftler befassen sich auch mit dem LKW-Platooning. Künftig sollen auf Autobahnen mehrere LKW mit nur 15 Metern Abstand hintereinander fahren. Das soll Platz auf der Autobahn und wegen des Windschattens Kraftstoff sparen. Nur im ersten LKW soll ein Fahrer sitzen, die hinteren folgen automatisch ge-

steuert. Bevor dieses Projekt startet, müssen nach Angaben von Professor Lothar Hageböling, Koordinator der Forschungsstelle, zunächst zulassungs-, straßenverkehrs- und produkthaftungsrechtliche Fragen beantwortet werden. „Bisher müssen LKW einen Abstand von 50 Metern halten“, nannte er ein Beispiel. Der beim LKW-Platooning vorgesehene Abstand von 15 Metern wäre also derzeit widerrechtlich.

In einer Vortragsreihe will die Forschungsstelle, die Mitglied im Niedersächsischen Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF) ist, Fragestellungen rund um die Mobilität einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Los geht's am Dienstag, 16. Januar, 18 Uhr, mit dem Thema „Keine Energiewende ohne Mobilitäts-wende“. Veranstaltungsort ist das NFF am Forschungsflughafen, Hermann-Blenk-Straße 42.

INFORMATION

Infos und Anmeldung zu den Vorträgen unter www.forschungsstelle-mobilitaetsrecht.de

Fischer zufrieden mit Fang-Ergebnis

Fisch aus Deutschland ist nach wie vor gefragt.

Hamburg. Der Deutsche Fischerei-Verband hat eine zufriedenstellende Bilanz des Jahres 2017 für die Nordsee und mit Abstrichen auch für die Ostsee gezogen. Die Gesamtfänge deutscher Fischereibetriebe lagen in der Nordsee bei rund 99 000 Tonnen und ergaben bisher einen Erlös von etwa 144 Millionen Euro, wie der Verband mitteilte. Das sei in etwa so viel wie im Vorjahr. Die endgültige Auswertung sei noch nicht abgeschlossen. Es sei davon auszugehen, dass das Vorjahresergebnis übertraffen werde. In der Ostseefischerei dürften am Ende die Vorjahreserlöse von etwa 19,6 Millionen Euro erreicht werden.

„Es gab keine Absatzprobleme, der europäische Binnenmarkt zeigte sich ebenso aufnahmefähig wie der Weltmarkt“, hieß es. „Die Erzeugerpreise blieben stabil bis steigend und die Treibstoffkosten lagen weiterhin auf niedrigem Niveau.“ Das Interesse der Verbraucher an Fisch aus deutschen Fängen sei ungebrochen. Für die Fischerei im Nordost-Atlantik, zu dem Nord- und Ostsee zählen, zahle sich die nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände aus. *dpa*

Kernschmelze der Computerchips

Der Elektro-Verband VDE sieht den „weltweiten Chip-Gau“ als Weckruf für Deutschland. Die Regierung kündigt Maßnahmen an.

Von **Anja Stehle**

Berlin. Nach dem Bekanntwerden der Sicherheitslücken in Computerchips will Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) stärker auf eigene Entwicklungen bei Schlüsseltechnologien setzen. „Hierzu gehört auch die Chip-technologie, jedenfalls aber Sicherheitstechnologie“, sagte de Maizière am Freitag. IT-Sicherheitsprodukte aus Deutschland seien weltweit hoch anerkannt. „Dieses Potenzial muss noch besser genutzt werden.“

Der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) sieht den „weltweiten Chip-Gau“ als Weckruf für den Standort Deutschland. Gefordert seien Kompetenzen in Technologie, Hardware-Design und Produktion, sagte VDE-Chef Ansgar Hinz. Seit Jahren trete der VDE dafür ein, die Fertigungskette vom Chipdesign bis zur Fertigung in Europa zu fördern.

De Maizière sprach sich dafür aus, Mindeststandards in Sachen IT-Sicherheit verbindlich vorzuschreiben. Ob dies über freiwillige Gütesiegel in Verbindung mit einem Haftungsregime oder als verpflichtendes Marktzugangskriterium eingeführt werde, prüfe die Bundesregierung noch. In dieser Woche waren schwerwiegende Sicherheitslücken in weltweit millionenfach verbauten Computerchips von Intel und anderen Herstellern bekannt geworden.

Ein junger Wissenschaftler hatte es kommen sehen: Es war Anfang Dezember, als Daniel Gruf und seine Forscherkollegen Moritz Lipp und Michael Schwarz noch etwas Berufliches besprachen und per Zufall eine der gravierendsten Sicherheitslücken in



Sicherheitslücken in Mikroprozessoren alarmieren Experten und Kunden.

Foto: I-stock

einem Mikroprozessor entdeckten, die je gefunden wurden. Gruf sitzt an diesem Abend zu Hause vor seinem Computer, per Chat unterhalten sich die Sicherheitsforscher der Technischen Universität Graz. Schon seit Wochen bemerken sie eine ungewöhnlich hohe Nachfrage nach dem von ihnen entwickelten Sicherheitssystem, das Hackerangriffe auf Chipspeicher abwehren kann, der sogenannte Kaiser-Patch.

Vor allem die erhöhte Nachfrage von Amazon macht sie stutzig, und sie schlussfolgern: Die großen IT-Konzerne müssen in ihren Systemen eine Sicherheitslücke entdeckt haben, für die zufällig der „Kaiser-Patch“ Abhilfe schafft. Deshalb die vielen Zugriffe auf ihr Programm. Gruf beginnt, einen Hackerangriff auf seinen Computer zu simulieren – mit Erfolg. „Plötzlich sah ich den privaten Browserverlauf und die Inhalte von privaten E-Mails auf meinem Bildschirm“, sagte er unserer Zeitung. Gruf und seine Kollegen können es zunächst kaum fassen: „Wir waren schockiert. Wir haben befürchtet, dass wir uns selbst nicht schützen können.“

Inzwischen teilten die Herstel-

ler mit, Fortschritte bei den Updates zu machen. Betroffen sind Prozessoren der Hersteller Intel, AMD, ARM, in denen ein seit 20 Jahren gängiges Verfahren angewendet wird, das Computerchips schneller machen sollte – genau dieses macht sie nun für Datenklau anfällig. Auch I-Phones und I-Pads, Mac-Books und I-Macs von Apple sind betroffen.

Apple kündigte für die nächsten Tage ein Update an, um die Schwachstellen zu beseitigen. Intel und seine Softwarepartner haben inzwischen Updates entwickelt. Bis Ende nächster Woche sollen mehr als 90 Prozent dieser Chips sicher sein. Ob sie dann auch vor der weitaus komplizierteren Sicherheitslücke „Spectre“ geschützt sind, bleibt abzuwarten.

AKTIENGESCHÄFTE DES INTEL-CHEFS

Wegen eines Aktiengeschäfts steht Brian Krzanich in der Kritik. Der Intel-Chef hat im November Aktien und Optionen für 39 Millionen Dollar verkauft. Behalten hat er die vertraglich vorgeschriebene Mindestmenge an Firmenanteilen.

Pikant: Er wusste seit vergangener Sommer, dass Intel-Chips ein Sicherheitsproblem haben. Formell hat er keinen Fehler gemacht. Intel erklärte, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Verkauf und Sicherheitslücke.



Brian Krzanich.

Foto: dpa

Bis 28.02. zur AOK wechseln

Jetzt wechseln und bis zu 500 € für Mehrleistungen sichern!*

* Wir erstatten die Kosten zu 80 Prozent, bis zu 500 Euro (statt 250 Euro) im Jahr 2018, für alle Mehrleistungen zusammen. Gilt für Versicherte, die vom 1. Januar bis 31. Mai 2018 mindestens 1 Tag bei der AOK Niedersachsen versichert sind (Antrag auf Mitgliedschaft ist für Neukunden bis zum 28. Februar 2018 erforderlich).

sofort.aok.de